

# Esslinger Zeitung

ESSLINGER KREISZEITUNG · PLOCHINGER ZEITUNG

157. Jahrgang | Nr. 191 | Woche 34 | ZKZ 2716

Montag, 19. August 2024

www.esslinger-zeitung.de | 2,50 €

## ► Esslingen

### Frauenhaus stößt an seine Grenzen



Foto: dpa/Maja Hitič

Ins Esslinger Frauenhaus kommen Frauen, die misshandelt wurden und um ihr Leben fürchten müssen. Doch immer wieder müssen Hilfesuchende abgewiesen werden, weil es keinen Platz gibt. Aber auch bei der Beratung stößt der Trägerverein an Grenzen. Dabei steigt der Bedarf, wie Frauen helfen Frauen e.V. berichtet.

Seite 17

### Sonne, Regen und Queenhits

Das Goldgelbfestival lockt wieder Tausende nach Aichwald. Höhepunkt war bislang der ausverkaufte Samstag mit „The Music of Queen“. Nach sonnigen Konzerttagen trübten ab Samstagabend aber Regentropfen die Zwischenbilanz.

Seite 16



Foto: Ines Rübli

### Schirdewan und Wissler treten nicht mehr an

Die Linke steckt in der Krise – jetzt muss sie sich auch noch eine neue Spitze suchen.

**BERLIN.** Die Linken-Vorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan haben ihren Rückzug angekündigt. Beim Parteitag in Halle im Oktober werden sie nicht mehr kandidieren. Der Parteivorstand schätzt die Lage als „existenzbedrohend“ ein.

„Selbstkritisch möchte ich sagen: Notwendige inhaltliche Weiterentwicklungen sind wir auch nach der Abspaltung zu langsam angegangen“, analysierte Schirdewan. Seit der Abspaltung des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) im vergangenen Herbst und dem damit einhergehenden Verlust des Fraktionsstatus im Bundestag ging es für die Linke bergab. Bei der Europawahl kam sie auf lediglich 2,7 Prozent, in bundesweiten Umfragen liegt sie derzeit ebenfalls nur bei drei Prozent.

AFP

## ► Lichtenwald

### Vom Wohnstall zum modernen Zuhause

Brandkatastrophen früherer Jahrhunderte, die Anforderungen des modernen Lebens – viel alte Bausubstanz fiel diesen und anderen Umständen zum Opfer. Nicht so eines der ältesten Gebäude in Lichtenwald. Zwei Familien haben den früheren Wohnstall in ein modernes Zuhause verwandelt.

Seite 19

## Ukraine-Hilfen: Top-Ökonomen kritisieren Bundesregierung

Die Ampel-Koalition will kein zusätzliches Geld für das angegriffene Land bereitstellen. Dennoch solle die Ukraine weiter unterstützt werden – aber künftig stärker aus anderen Quellen.

**BERLIN.** Die Bundesregierung will ihre Hilfszahlungen für die Ukraine deckeln. In der aktuellen Haushaltsplanung stehen über die bislang schon zugesagten Milliardensummen hinaus keine weiteren Gelder bereit. Hinter dieser Planung stehen nach Medienangaben Vorgaben aus dem Kanzleramt und dem FDP-geführten Bundesfinanzministerium. Dieses wollte aber nicht ausschließen, zusätzliche Projekte zu bewilligen, sollte sich dafür ein konkreter Bedarf ergeben.

Führende Ökonomen kritisierten die Pläne der Ampel-Koalition. „Ich bin einigermaßen fassungslos, dass hier offenbar der Koalitionsfrieden auf Kosten der Ukraine und der europäischen Sicherheit gerettet werden soll“, sagte Moritz Schularick, der Präsident des Kiel Instituts für Weltwirtschaft, der „FAZ“. Für einen vergleichsweise kleinen Betrag in der überragenden sicherheitspolitischen Frage in Europa die Handlungsfähigkeit Deutschlands zu gefährden, sei „kurzsichtig und gefährlich“.

Die Vorsitzende des Sachverständigenrates, Monika Schnitzer, sprach von einem „fatalen Signal“ an Russland.

„Ich bin einigermaßen fassungslos, dass hier offenbar der Koalitionsfrieden auf Kosten der Ukraine und der europäischen Sicherheit gerettet werden soll.“

Moritz Schularick, Präsident des Kiel Instituts für Weltwirtschaft



Foto: dpa/Frank Molter

In einem Brief vom 5. August schrieb Finanzminister Christian Lindner (FDP) an Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) und Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne), „neue Maßnahmen“ dürften nur angegangen werden, wenn in den Haushaltsplänen für dieses und die kommenden Jahre „eine Finanzierung gesichert ist“. Zudem: „Bitte stellen Sie sicher, dass die Obergrenzen eingehalten werden.“

Für 2024 sind die Mittel für die Ukraine in Höhe von rund acht Milliarden Euro bereits weitgehend verplant. Die geplante Höchstgrenze für das kommende Jahr liegt bei vier Milliarden Euro. Die Planung der Bundesregierung sieht vor, dass die Unterstützung für die Ukraine über jene für 2025 vorgesehenen vier Milliarden Euro hinaus dann aus einem neuen internationalen Topf mit einem Volumen von 50 Milliarden Euro finanziert wird – und nicht mehr aus dem Bundeshaushalt. Dabei sollen – wie von der G7-Staatengruppe kürzlich vereinbart – eingefrorene russische Vermögenswerte für die Unterstützung der Ukraine genutzt werden.

AFP/dpa/red

Kommentar

## ► Kommentar

### Kritik geht an der Sache vorbei

Deutschland lässt die Ukraine finanziell nicht im Stich. Dennoch gibt es Grund zur Sorge.

Von Tobias Peter

Die Ukrainer verteidigen nicht nur ihr eigenes Land gegen den brutalen Überfall des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Ihr Kampf ist auch von großer Bedeutung für Deutschland und Europa. Sollte Putin erfolgreich sein, könnte er sich zu weiteren Schritten ermutigt fühlen. Die Hilfe Deutschlands für die Ukraine ist also wichtig. Dennoch geht die Kritik an der Ampel wegen künftig angeblich fehlenden Geldes an der Sache vorbei. Deutschland ist der zweitwichtigste Unterstützer der Ukraine – direkt nach den USA. Im laufenden Jahr gibt es aus Berlin 7,5 Milliarden Euro Militärhilfe für die Ukraine. Daran ändert sich nichts. Für das kommende Jahr sind vier Milliarden Euro eingeplant. Zusätzlich soll die Ukraine mit Hilfe von Zinsen aus eingefrorenem russischen Staatsvermögen unterstützt werden.

Der Gedanke ist brillant: Putin soll für die Kosten, die sein brutaler Angriff verursacht, mitbezahlen. Das ist richtig so. Deutschland und die anderen G7-Staaten müssen sich jetzt daran messen lassen, dass es tatsächlich so kommt. Das wirkliche Problem aber könnte noch kommen. Der Haushalt für 2025 ist so auf Kante genäht, dass es für die Bundesregierung kaum noch Spielraum gibt, falls doch noch zusätzliches Geld für die Ukraine gebraucht wird. Das lässt sich nicht grundsätzlich vorab ausschließen. Wenn es so kommt, wird es eine neue Debatte über eine Ausnahme von der Schuldenbremse geben. Mit Recht.

## ► Lokalsport

### Aufsteiger FCE und FVN verlieren 0:1



Foto: Herbert Rudel

Verbandsliga-Aufsteiger FC Esslingen (Foto) und Landesliga-Neuling FV Neuhausen sind jeweils mit einer 0:1-Niederlage in die Fußball-Saison gestartet. Dabei waren beide Mannschaften in ihrer Begegnung nicht das schlechtere Team. Auch in den anderen Amateurligen rollt wieder der Ball.

Seite 20 und 21

## ► Nürtingen

### Das Siechenhaus wird zur Kita

Nordwestlich der Nürtinger Innenstadt zwischen Bundesstraße und Neckar entsteht das Quartier Neckarpark. Zwischen modernen Wohngebäuden steht das historische Siechenhaus, das auf eine wechselvolle Geschichte zurückblickt. Nun wird es zur Kita.

Seite 15

### Experte: AfD und BSW studieren US-Wahlkampf

Der Transatlantik-Koordinator im Auswärtigen Amt warnt, dass Erfolge von Radikalen kopiert werden könnten.

**BERLIN.** Der Transatlantikkoordinator im Auswärtigen Amt, Michael Link, hat davor gewarnt, Erfolge der radikalen Unterstützer von US-Präsidentschaftsbewerber Donald Trump könnten auch in Deutschland Schule machen. „Die radikalen Ideologien in der „Make America Great Again“-Bewegung (Amerika wieder großartig machen), die für Trump trommeln, sind international bestens vernetzt“, sagte Link unserer Zeitung. „Je erfolgreicher diese Bewegung in den USA dabei ist, gesellschaftliche Gruppen gegeneinander auszuspielen, desto stärker wird ihr Beispiel international Schule machen“, erklärte der FDP-Politiker.

„Darin liegen auch Gefahren für Deutschland. Die AfD studiert das mit Sicherheit genau. Vermutlich auch die Bewegung Wagenknecht“, sagte Link.

pet

### Stellenabbau bei der Bahn: EVG-Chef warnt vor Folgen

Die Bahn will in den kommenden Jahren Tausende Stellen wegfallen lassen, insbesondere in der Verwaltung. Das Sorge für Verunsicherung.

**BERLIN.** Die Ankündigung der Deutschen Bahn zu einem umfassenden Stellenabbau hat aus Sicht der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) zu Verunsicherung bei den Beschäftigten geführt. Die Kommunikation des Vorstands stimme nicht, sagte der Gewerkschaftsvorsitzende. „Im operativen Bereich darf es keinen Stellenabbau geben, da muss es einen Ausbau geben.“

Die Deutsche Bahn mit rund 236 000 Beschäftigten im Inland ist finanziell in Schieflage geraten und muss sparen. Die Bahn wolle in den nächsten fünf Jahren den Personalbedarf um etwa 30 000 Vollzeitstellen reduzieren, vor allem in der Verwaltung. Das kündigte im Juli Konzern-Finanzvorstand Levin Holle an.

Ein Konzernsprecher sagte am Sonntag, die Bahn stelle „im operativen Bereich weiter auf Hochtouren ein, weil es dort Personalbedarf gibt und es die betriebliche Situa-

tion und die Qualität unserer Leistung beim Kunden erfordert“. Das gelte etwa in der Instandhaltung, bei Lokführern, im Service und bei den Fahrdienstleitern. Unter anderem habe man die Zahl der Auszubildenden auf die Rekordzahl von 6000 erhöht. In der Verwaltung könne der Personalbedarf hingegen verringert werden. Dies sei möglich „durch ganz konkrete Maßnahmen wie Dinge weglassen, vereinfachen, standardisieren, automatisieren und digitalisieren“.

Bei der EVG gibt es Zweifel am Vorgehen des Managements. „Wer mehr Verkehr auf der Schiene will, der braucht erst mal mehr Personal“, teilte Karsten Ulrich mit, Chef der EVG-Fachgruppe Lokfahrdienst, in der sich die Lokführerinnen und Lokführer innerhalb der Gewerkschaft organisieren. „Wir können nur so viele Züge fahren, wie Personal vorhanden ist und nicht umgekehrt.“

dpa

Leitartikel

## ► Heute



23°  
15°

## ► Morgen



27°  
13°

Heute erst oft noch stark bewölkt, dann zunehmend freundlich. Morgen heiter, vorübergehend auch Quellbewölkung.



4 190271 602501



1 0034